

Edmund Käbisch: Staatsorgane organisieren „Nichtgedeihlichkeit“ am Dom zu Zwickau.

Ausschnitt aus einem Vortrag mit dem Titel „Zumutbare Wahrheiten“, gehalten in der Bibliothek der Westsächsischen Hochschule Zwickau am 23. 01. 2018

Staatsorgane organisieren „Nichtgedeihlichkeit“ am Dom zu Zwickau.

1981 wurde ich als 2. Pfarrer am Dom St. Marien in Zwickau gewählt.

Als Pfarrer erledigte ich die ganz normale Arbeit in der Kirchengemeinde. Da gab es keine Verfehlungen, Rügen, Lehrzuchtverfahren, Dienstpflichtverletzung oder Seelsorgeverletzung. Ich habe stets die Pflichten eines Gemeindepfarrers erfüllt.

Aber vor der Tür der Kirche lagen sog. „DDR-Problembürger“. Für diese Menschen öffnete ich den Dom und die kirchlichen Räume, ohne nach der Kircheng Zugehörigkeit zu fragen. Ich bemühte mich um eine situativ-missionarische Verkündigung. Für mich war es eine konkrete Arbeit an Menschen vor Ort und von unten. Aber dafür hatte ich keinen Dienstauftrag!

Wegen dieser Arbeit mit Problembürgern wurde ich von den Staatsorganen zum „Feind“ erklärt. Ich würde das gute Staat-Kirche-Verhältnis zerstören. Die Stasi legte auf meine Person den operativen Vorgang (OV) „Kontrahent“ an. Damit konnten sie mit allen geheimdienstlichen Methoden mich konspirativ bearbeiten. Nach §§ 106 würde ich staatsfeindliche Hetze betreiben. Das wurde mit bis 10 Jahre Freiheitsentzug bestraft. Weiterhin wurde nach §§ 107 des verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses ermittelt. Dafür konnte ich mit bis 12 Jahre Freiheitsentzug verurteilt werden.

Zu den Erstmaßnahmen der Stasi zählte auch, dass beim Landeskirchenamt Sachsens Beschwerde wegen meines gesellschaftswidrigen Wirkens geführt wird. Das ist über die Jahre hinweg ständig geschehen, aber darüber haben mich meine Dienstvorgesetzten nie informiert. Die Forderungen der Staatsorgane wurden mir nie mitgeteilt. Lediglich wurde mir mehrmals im brüderlichen Gespräch angeboten, die Pfarrstelle wechseln zu sollen.

Gottesdienste machen das gute Staat-Kirche-Verhältnis kaputt

Seit Februar 1988 besuchten die Sonntag-Abendgottesdienste des Domes Antragsteller zur ständigen Ausreise aus der DDR (ÜSE). Zuerst waren es zwei Eheleute. Es wurden ständig mehr. Im Sommer kamen bis zu ca. 400 ÜSE. Darunter waren etliche Härtefälle von Personen, deren Angehörige inhaftiert waren. Der Dom galt als Konzentrationspunkt Westsachsens.

Sofort wurde ein neuartiger OV „Kammer“ eröffnet. Da stand nicht ein Feind im Mittelpunkt, den die Stasi zu vernichten hatte. Sondern es waren meine Kirchenvorsteher (KV), die so manipuliert werden sollten, gegen mich als Pfarrer vorzugehen. Nicht die Stasi, sondern die eigenen Geschwister sollten mich paralisieren. So wurden bestimmte KV-Leute zu Tätern. Nach dem Stasiverständnis waren sie sicherlich GM oder BM. Sie wirkten kontinuierlich daraufhin, dass diese Gottesdienste abzuschaffen sind und ich deswegen für die Gemeinde untragbar und nichtgedeihlich bin.

Weiterhin machten die SED-Machthabe Druck auf die Kirchenleitung. Kirche habe sich nur um „religiös-kultische Angelegenheiten“ zu kümmern. Gottesdienste mit ÜSE haben zu unterbleiben. Deswegen wurde ich vom LKA diszipliniert!

Die unruhigen Geister des Konziliaren Prozesses (KP)

Als sich im Herbst 1988 der KP eine Heimstatt gefunden hatte, konnten sich in der Zwickauer Friedensbibliothek alle Basisgruppen, die etwas in der DDR verändern wollten und Reformen anstrebten, versammeln. Ich gehörte mit zu den Initiatoren des KP. Unter dem Dach der ev. Kirche konnten sich die Akteure legal treffen, die sich für Demokratie, Freiheit, Ökologie, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Glaubensfreiheit und alle Menschenrechte einsetzten. Für die Staatsorgane waren diese Akteure Staatsfeinde und die Stasi hat für die einzelnen Gruppen extra OV angelegt. Alle begannen mit „K“. Für die Stasi war das „K“ der Hinweis dafür, dieser OV hat etwas mit der Kirche zu tun – z.B. OV „Kreis“, OV „Konzept“, OV „Konform“, OV „Konzil“, OV „Kontraste“, OV „Konfrontation“, OV „Kapuze“, OV „Kammer II“. Zwickau hatte sich zum oppositionellen Zentrum des ganzen Bezirkes entwickelt und es bestanden Verbindungen zu staatsfeindlichen Gruppen und Kräften nach Leipzig, Dresden, Jena und Berlin.

Kirchenkampf im „Zwickauer Modell“

SED und Stasi konzipierten das „Zwickauer Modell“, das es so noch nicht gab. Es wurde ein Einsatzstab unter der Führung des 1. SED-Kreissekretärs ins Leben gerufen. Neben der Stasi, musste die Volkspolizei, der Oberbürgermeister, alle Staatsorgane, bestimmte bewaffnete Kampfgruppen, eine Unzahl an gesellschaftlichen Kräfte, BM, GM und PK konkrete Aufgaben übernehmen. In Zwickau wurde ein unsichtbarer Krieg geführt! Das Ziel war einer Art 5. Kolonne als Trojanisches Pferd mit kirchlichen Leuten aufzubauen. Nicht die Staatsmacht, sondern die eigenen Kirchenleute sollten die Basisgruppen in Griff kriegen. Zwickau wurde zu einer Art verborgenen Exerzierplatz.

Nach Einschätzung der SED und Stasi hatten sie binnen kürzester Zeit Erfolge zu verzeichnen. Das „Zwickauer Modell“ sollte dann analog auch in anderen Städten, Bezirken und sogar DDR-weit eingeführt werden.

Friedensgebet führen zu Missbilligung und Teilnahmeverbot

Für mich am Dom hat es sich so ausgewirkt. Zwar war ich seit Frühjahr 1989 wegen einer zweimaligen Hirnoperation krank, konnte keine Dienste versehen und nahm nicht an KV-Sitzung teil, da ich lange an Aphasie (Sprachlosigkeit) litt. Aber ich konnte mich nach meiner Entlassung aus dem Krankenhaus an den Aktionen der unruhigen Geister des KP beteiligen. Ich gehörte mit zu den Initiatoren des 1. Friedensgebets im Dom am 16. Oktober 1989. Erst aus den Gesprächen mit dem Superintendenten Günter Mieth wurde mir deutlich, was einmal der KV während meiner Krankheit unternommen hatte und andermal welche Sinneswandel am Superintendent geschehen ist.

Mieth hatte mich als Kranker weder im Krankenhaus noch zu Hause besucht. Jedoch er musste mich einen Tag vor dem ersten Friedensgebet unbedingt sprechen. Es sei kein Krankenbesuch, sondern er käme als Superintendenten im Auftrag des KV. Folgende Missbilligung musste er mir aussprechen:

- ⇒ Mein unverantwortliches Handeln ein Friedensgebet vorbereitet zu haben, das schadet sowohl der Domgemeinde als auch der gesamten Kirche.
- ⇒ Mein Verhalten sei nicht brüderlich.
- ⇒ Der KV habe schon so viel mit mir durchgemacht.
- ⇒ Ich sollte mich damit abfinden, dass der KV sich erneut für Bruder Hübler entschieden habe.
- ⇒ Bei einer kommenden KV-Abstimmung muss ich damit rechnen, wegen Nichtgedeihlichkeit die Domgemeinde zu verlassen.
- ⇒ Er werde alles unternehmen, dass es nach dem Friedensgebet zu keiner Demonstration käme.

Noch am Tag vor dem Friedensgebet suchte mich Mieth erneut auf und sprach mir als Superintendent ein Domverbot aus. Somit konnte ich am Friedensgebet nicht teilnehmen, obwohl es auf Geheiß des Landesbischofs einmalig stattfinden durfte. Als Gründe gab er an:

- ⇒ Was er als Superintendent aufgebaut habe, würde ich kaputt machen.
- ⇒ Meine Anwesenheit würde die Staatsorgane nur reizen.
- ⇒ Ich solle den KV nicht weiter provozieren.
- ⇒ Er übernimmt die Schirmherrschaft des Friedensgebetes.
- ⇒ Zukünftige Friedensgebete kann nicht mehr der KP vorbereiten und verantworten, sondern nur die zuständigen Pfarrer der Ortsgemeinden.

Die Friedensgebete wurden von der Amtskirche okkupiert.

Akteneinsicht schafft Klarheit

Erst nach den Akteneinsichten in den unterschiedlichen Archiven wurde erkennbar, welche Auswirkungen die operative Psychologie auf den Kirchenvorstand, den Superintendenten und dem Pfarramtsleiter Rudolf Hübler hatten. Sie wurden schrittweise davon überzeugt, ich sei ein Zerstörer des guten Staat-Kirchverhältnisses. Dieser Makel musste beseitigt werden. So wurde bereits während meiner Krankheit im KV das Verfahren „Nichtgedeihlichkeit“ angeschoben. Das war ganz im Sinne der SED und Stasi. Die Gehirnwäsche über die Referenten für Kirchenfragen, OibE, IM, gesellschaftliche Kräfte, GM und BM brachte diesen Erfolg.

Eine Einschätzung vom 28. August 1989 verdeutlicht, was eigentlich die Stasi mit mir vorhatte. Der Leiter der Bezirksverwaltung (BV), Siegfried Gehlert, hatte alle Leiter der Kreisdienststellen und der BV-Abteilung zu einer Dienstberatung einbeordert. Dort wurde folgendes protokolliert:

„Springer (KD-Leiter von Zwickau) da brauchst du nicht zu lachen, also ich würde deinen Käbisch und wie sie alle heißen, schon lange eingedockt haben und das würde sogar auch reichen, ewig reichen, auf lebenslänglich würde ich plädieren. Also zumindest so lange ich noch lebe.“

Gott sei gedankt! Es geschah das Wunder der Friedlichen Revolution.

Jedoch man sollte wissen, zu den Friedensgebeten standen dann auch Pfarrer auf der Kanzel, die sich konsequent für den Erhalt des guten Kirche-Staat-Verhältnisses eingesetzt hatten oder sogar IM. So stand z.B. der methodistische Superintendent Friedmar Walther auf der Kanzel. Er wurde bei der Stasi als IM „Waldemar“ geführt. Ihm wurde wegen seiner

konspirativen Arbeit anlässlich des 40. Jahrestages der DDR und seines 60. Geburtstags von der Stasi ein Geschenk im Wert von 3.200 Mark überreicht.

Nachhaltigkeit des sog. Trojanischen Pferdes

Aus meiner Sicht wirkte das Trojanische Pferd nachhaltig und bleibt damit ein Erfolg für SED und Stasi. Es hat die Friedliche Revolution überdauert. Was einmal in die Köpfe eingepflanzt wurde und das Reden wie Handeln bestimmte, das geht nicht einfach zu löschen. So führen noch heute die eigenen Kirchenleute das aus, was die damaligen DDR-Staatsorgane nicht erreichten:

1. Andersdenkende und -glaubende werden aus der Kirche gemobbt.
2. Demokratische Freiheitsrechte werden missachtet.
3. Fast nur religiös-kultische Angelegenheiten werden gepflegt.
4. Dringende Lebensfragen des Volkes spielen kaum noch eine Rolle.
5. Ihre eigenen Kirchenprobleme sind die wichtigsten – z.B. Struktur.

Nur ein Beispiel noch aus der DDR-Ära

Am 29. August 1990 nahm ich an der ersten Ärarsitzung (Zwickauer Innenstadtgemeinden bilden einen juristischen Verband) nach meiner Krankheit teil. Die vier Pfarrer waren sich einig, dass es mit mir keine gedeihliche Zusammenarbeit mehr geben könnte. Mein Verhalten, Benehmen und Auftreten vor der Friedlichen Revolution seien „mies“ und wie eines „Sektenpredigers“ gewesen. Durch meine Hirn-OP habe ich jetzt eine „Scheibe“ und damit einen „Dachschaden“. Deswegen fühlten sie sich genötigt, dem Landeskirchenamt diese „Nichtgedeihlichkeit“ mitzuteilen. Dieses Verfahren der „Nichtgedeihlichkeit“ hat sich neun Jahre hingezogen, bis ich dann mit 55 Jahren ohne Recht und Gesetz aus dem Pfarrdienst entsorgt wurde.

Fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel

Ab 1992 wurden die Stasi-Akten geöffnet und jeder konnte für sich beantragen, dass er in seine Akte Einsicht nimmt. Nach der Einsichtnahme stellten der Jugenddiakon Eberhard Heiße (Marienberg), der Evangelist Dr. Theo Lehmann (Karl-Marx-Stadt), der Landesbeauftragte der Landeskirche für „Glaube und Wissenschaft“ (Schönberg) und ich fest, es wurden ständig Gespräche zwischen dem Landeskirchenamt und dem Rat des Bezirkes geführt. Dabei ging es um Versetzungen oder sogar um legales Verlassen der DDR, weil wir ständig das gute Staat-Kirche-Verhältnis missachtet hätten. Darüber wurde mit uns weder offen, ehrlich noch brüderlich gesprochen. Unser Vertrauen in die oberste Dienstbehörde war gestört. So baten wir den Landesbischof Dr. Johannes Hempel um ein klärendes Gespräch. Er gewährte es uns, aber das kam heraus:

- ⇒ Er bewertet die Dokumente anders.
- ⇒ Als Bischof musste er die ganze Kirche im Blick haben.
- ⇒ Wir haben das gute Staat-Kirche-Verhältnis gestört.
- ⇒ Was hätte er als Bischof anders machen können?

Nach dem Gespräch hatten wir den Eindruck, damals wie heute wurden wir fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel.

Nicht vergessen!

In der DDR-Diktatur war es unmöglich und höchst gefährlich, das Unrecht der Menschenrechtsverletzungen und die Verbrechen sowohl der Sowjetunion als auch des

eigenen Staates beim Namen zu nennen und öffentlich zu erörtern. Das führte zunehmend zum Vertrauensverlust und zur Flucht aus dem eigenen Land. Das war eine der Ursachen, weshalb 1989 fast die ganze Bevölkerung die Friedliche Revolution begrüßte und neue Zeiten erhoffte.

Meine Meinung:

So wie sich einst die DDR-Machthaber verhielten, so ähnlich verhält sich die Landeskirche bei der Aufarbeitung der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Es wird weder über das Versagen noch über die Schuld öffentlich gesprochen. Eine Bußhaltung fehlt. Dieses führt zunehmend zum Vertrauensverlust und zur fortschreitenden Auswanderung aus der Kirche.

Deshalb meine These:

Der nicht aufzuhaltende Vertrauensverlust (Implosion) der Landeskirche ist von ihr selbst mit verursacht, weil keine sachgerechte Aufarbeitung der NS- und DDR-Zeit erfolgte.